

Sachverständigenratsgutachten 2023/2024

„Realeinkommensverluste und schwache Weltwirtschaft belasten Konjunktur“

1.1 Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft entwickelt sich schwach. Insbesondere im Sommer 2023 hat die Dynamik nach einem vergleichsweise starken ersten Quartal (+0,9 Prozent gegenüber dem Vorquartal) nachgelassen. Für das Jahr 2023 erwartet der Sachverständigenrat ein Wachstum des weltweiten Bruttoinlandsprodukts von 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 2024 soll das Wachstum dann nur noch um 2,2 Prozent wachsen.

In vielen wirtschaftlich bedeutsamen Regionen der Welt belasten im laufenden Jahr hohe Inflationsraten die privaten Konsumausgaben. Negative Wachstumsimpulse auf die Volkswirtschaften sind die Folge. Besonders betroffen sind hier der Euro-Raum, das Vereinigte Königreich und Japan. Im Euroraum wuchs das BIP in der Folge im zweiten Quartal 2023 nur um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 stagnierte die Wirtschaftsleistung. Positiver entwickeln sich die USA sowie die südostasiatischen Schwellenländer wie Indonesien, Thailand und Vietnam. In den USA haben vor allem die Privathaushalte ihre Ersparnisse aus der Corona-Pandemie viel stärker abgebaut als in vielen anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Kräftige Wachstumsraten waren die Folge.

Neben der hohen Inflation wirkt zudem die in weiten Teilen der Welt vorherrschende straffe Geldpolitik dämpfend auf die Konjunktur. Vor allem in Europa und den USA zeigen sich mehr und mehr die zeitlich verzögerten Effekte der Geldpolitik auf die Investitionstätigkeit und hier vor allem auf die Bauinvestitionen. Die Industrieproduktion entwickelt sich entsprechend schwach. Eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Der Einkaufsmanagerindex im globalen Verarbeitenden Gewerbe bewegt sich bereits seit der zweiten Jahreshälfte 2022 knapp unterhalb der Wachstumsschwelle.

Ein weiteres Wachstumshemmnis für die Weltwirtschaft ist China. Die chinesische Volkswirtschaft wuchs in den letzten Quartalen geringer, als von vielen Seiten erwartet worden war, nachdem die chinesische Regierung die Abkehr von der Null-Covid-Politik verkündet hatte. Vor allem ein schwacher privater Konsum sowie der weiterhin fragile Immobilienmarkt belasten die konjunkturelle Erholung im Reich der Mitte.

Abseits der fortgeschrittenen Volkswirtschaften und China überrascht vor allem Indien mit starken BIP-Zuwächsen. Das Wachstum gegenüber dem Vorquartal lag hier in den ersten

beiden Quartalen des Jahres 2023 bei 2,1 Prozent und 1,9 Prozent. Die lateinamerikanischen Volkswirtschaften entwickelten sich hingegen schwach.

Dass die Prognose für das Jahr 2024 mit einem Plus von nur 2,2 Prozent noch tiefer liegt als im Jahr 2023, liegt dem Gutachten zufolge an der weltweiten Straffung der Geldpolitik. Diese dämpft die globale Investitionstätigkeit und beeinträchtigt dadurch die Industrieproduktion. Außerdem beobachten die Wissenschaftler einen zuletzt rückläufigen Warenhandel. Neben der Investitionsschwäche trägt hierzu die allgemein schwache Binnenkonjunktur im Euroraum und in China bei. In den USA dürfte sich die Binnenkonjunktur im kommenden Jahr ebenfalls etwas verlangsamen, da die Überersparnisse aus der Corona-Pandemie mittlerweile weitgehend verkonsumiert sind.

Als besondere Risiken erachten die Sachverständigen die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft sowie die angespannte geopolitische Lage. Vor allem die USA und Europa könnten empfindlich getroffen werden, sollte die kritische Lage im chinesischen Immobiliensektor auf die restliche Wirtschaft ausstrahlen und die Binnenkonjunktur weiter ausbremsen. Auf geopolitischer Ebene sorgt neben dem Konflikt zwischen den USA und China die Eskalation im Nahen Osten für Unruhe. Eine Ausweitung des Konflikts könnte empfindliche Folgen für die globalen Erdgas- und Erdölmärkte haben.

1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die Energiekrise und die hohe Inflation haben deutliche Spuren in der deutschen Wirtschaft hinterlassen. Zwar konnte ein stärkerer Wirtschaftseinbruch verhindert werden, eine nachhaltige Erholung blieb bislang aber ebenfalls aus. Zu Jahresbeginn wurde die Konjunktur vor allem durch den rückläufigen privaten und staatlichen Konsum geschwächt, ab dem zweiten Quartal bremste vor allem das schwache außenwirtschaftliche Umfeld die deutsche Konjunktur. Auf der Entstehungsseite sank die Wertschöpfung vor allem im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe. In der Industrie konnten die nachlassenden Lieferengpässe bei Vorprodukten und die aufgestauten Aufträge einen Rückgang verhindern. Allerdings ist die Entwicklung differenziert, die energieintensiven Branchen mussten einen Produktionsrückgang hinnehmen.

Im vierten Quartal wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dem Sachverständigenrat zufolge leicht um 0,1 Prozent zulegen. Im Jahresdurchschnitt 2023 ergibt dies dann einen BIP-Rückgang um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Für das kommende Jahr rechnet der Rat mit einer stetigen, aber sehr verhaltenen Erholung. Das BIP wird der Prognose zufolge um 0,7 Prozent wachsen.

Der private Konsum dürfte von der verbesserten realen Einkommenssituation profitieren. Während die Arbeitseinkommen und die monetären Sozialleistungen spürbar steigen, lässt

die Inflation allmählich nach. Der Rat prognostiziert für 2023 eine jahresdurchschnittliche Inflationsrate von 6,1 Prozent, die sich 2024 auf 2,6 Prozent abschwächen sollte. Folglich erwarten die Sachverständigen nach einem Rückgang des privaten Konsums im Jahr 2023 um 0,8 Prozent für das kommende Jahr mit einem Plus von 1,1 Prozent.

Die privaten Ausrüstungsinvestitionen werden durch die gestiegenen Zinsen sowie die schwachen Konjunkturperspektiven gebremst. Positiv wirkt hingegen der hohe Auftragsbestand. Zudem sind von den öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen im Bereich der Wehrtechnik positive Impulse zu erwarten. Der Rat rechnet mit einem Plus von 3,1 Prozent im Jahr 2023 und von +1,7 Prozent im Jahr 2024.

Deutlich stärker schlägt das hohe Zinsniveau bei den Bauinvestitionen durch. Die Auftragsgänge gehen spürbar zurück, zudem schmilzt der Auftragsbestand infolge von Stornierungen im Wohnungsbau ab. Gestützt werden könnte der Bau im kommenden Jahr allenfalls durch staatliche Infrastrukturmaßnahmen im Tiefbau. Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat im laufenden Jahr einen Rückgang der Bauinvestitionen um 1,3 Prozent und im kommenden Jahr um weitere 2,3 Prozent.

Die Importe entwickelten sich zuletzt schwach, sollten sich aber im kommenden Jahr angesichts des sich erholenden privaten Konsums wieder etwas beleben. Nach einem Minus von 1,9 Prozent im laufenden Jahr prognostiziert der Rat für 2024 ein Plus von 1,0 Prozent. Die Exporte leiden unter einer schwachen Weltkonjunktur, die vor allem von der restriktiven Geldpolitik gebremst wird. Zudem hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verschlechtert. Die Sachverständigen erwarten für 2023 ein Minus von 1,2 Prozent, für 2024 wird wieder mit einem Zuwachs gerechnet. Mit +0,5 Prozent fällt dieser aber schwächer aus als das Importwachstum, sodass der Außenhandel insgesamt einen negativen Effekt auf das BIP hat.

Ein Risiko für die Prognose stellt das Konsumverhalten dar. Die hohe Unsicherheit auf der einen Seite und die gestiegenen Zinsen auf der anderen könnten die Verbraucher dazu veranlassen mehr zu sparen, was zu einem schwächeren Konsumzuwachs führt als erwartet. Zudem könnten die geopolitischen Entwicklungen dazu führen, dass die Energiepreise erneut ansteigen und dass sich die globale Konjunktur noch schwächer entwickelt als für die Prognose unterstellt.

Der Arbeitsmarkt verliert angesichts der schwachen Konjunktur zwar an Dynamik, die Arbeitskräfteknappheit verhindert aber einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Prognosezeitraum wird die Beschäftigungsentwicklung vor allem auch durch die Demografie begrenzt. Das Erwerbspersonenpotenzial nimmt 2024 nur noch um 94.000 Personen zu. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt der Prognose zufolge im Jahr 2023 um 308.000 auf 45,904 Millionen, im Jahr 2024 dann nur noch um 67.000 auf 45,971 Millionen Personen. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt im laufenden Jahr konjunkturbedingt um 162.000 auf 2,580 Millionen Personen zu, im kommenden Jahr sinkt sie wieder um 47.000 auf 2,533 Millionen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,6 bzw. 5,5 Prozent.

1.3 Wirtschaftspolitik

Ausgehend von der Analyse, dass in Deutschland nicht nur die aktuelle Konjunktur schwächelt, sondern sich auch die langfristigen Wachstumsaussichten durch ein abnehmendes Wachstumspotenzial immer weiter eintrüben, konzentriert sich der wirtschaftspolitische Teil des Gutachtens in diesem Jahr auf Maßnahmen, die eine Modernisierung der Wirtschaft und eine Steigerung des Arbeitsvolumens unterstützen sollen.

Das Potenzialwachstum einer Volkswirtschaft setzt sich aus dem zur Verfügung stehenden Arbeitsvolumen und der Produktivität zusammen. Während die Produktivität in Deutschland schon seit einiger Zeit schwächelt, wird in den kommenden Jahren auch das Arbeitsvolumen deutlich sinken.

Zur Steigerung der Produktivität macht das Gutachten verschiedene Vorschläge. Zur besseren Finanzierung von Zukunftstechnologien sollen Reformen des Kapitalmarkts realisiert werden, die zu einem tieferen und besser integrierten Kapitalmarkt führen. Darüber hinaus sollen zukünftige Querschnittstechnologien wie KI gezielt gefördert werden und der Strukturwandel hin zu diesen Technologien zugelassen werden. Wirtschaftsbereiche, die im Strukturwandel gefährdet sind, sollten nicht zu viele Ressourcen verschlingen. Um die Forschungsdateninfrastruktur zu verbessern, schlagen die Autoren zudem Anpassungen beispielsweise bei der Statistikgesetzgebung vor. Außerdem fordern sie ein Forschungsdatengesetz und eine Verbesserung der Ressourcen der amtlichen Statistik.

Um einen zu starken Rückgang des Arbeitsvolumens zu verhindern, schlagen die Sachverständigen vor, die Arbeitsanreize insbesondere in den unteren Einkommensgruppen zu erhöhen. Dies soll zum einen über das Steuer-Transfer-System erreicht werden, zum anderen sollen durch mehr Kinderbetreuung und mehr Weiterbildungs- und Gesundheitsmaßnahmen die Menschen besser in die Lage versetzt werden, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen oder diese auszuweiten. Als weiteren Punkt fordert der Rat, dass die gesetzliche Rentenversicherung grundlegend reformiert und um eine kapitalgedeckte Altersversorgung ergänzt werden muss, um eine Überlastung des Systems zu verhindern.

1.4 Eckdaten der Prognose für Deutschland

<i>Sofern nicht anders angegeben preisbereinigt, Veränd. gg. Vj. in Prozent</i>	2022	Prognose Sachverständigen- rat	
		2023	2024
Bruttoinlandsprodukt	+1,8	-0,4	+0,7
Private Konsumausgaben	+3,9	-0,8	+1,1
Konsumausgaben des Staates	+1,6	-2,4	+1,4
Ausrüstungsinvestitionen	+4,0	+3,1	+1,7
Bauinvestitionen	-1,8	-1,3	-2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,7	-0,2	+2,4
Exporte	+3,3	-1,2	+0,5
Importe	+6,6	-1,9	+1,0
Exportüberschuss, nominal, in Mio. Euro	76,3	172,7	190,3
Verbraucherpreise	+6,9	+6,1	+2,6
Produktivität je Stunde	+0,5	-1,2	+0,2
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen, nominal	+1,9	+6,2	-2,0
Arbeitnehmerentgelt, nominal	+5,5	+6,6	+5,8
Bruttolöhne u. -gehälter, nominal	+5,8	+6,9	+5,6
Nettolöhne u. -gehälter, nominal	+5,3	+8,8	+4,8
Lohnstückkosten, real	-1,7	+0,2	+2,2
Erwerbstätige, in Tsd.	45.596	45.904	45.971
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in Tsd.	34.507	34.810	34.938
Arbeitslose, in Tsd. (nationale Definition)	2.418	2.580	2.533
Arbeitslosenquote (in Prozent aller inländischen Erwerbspersonen)	5,3	5,6	5,5

Ansprechpartner

Elias Kerperin

Abt. Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422

elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de